

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de
Wiesbaden, 6. Juni 2007

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 13.06.2007, um 17:00 Uhr,
Evangelische Erlösergemeinde Sauerland - Gemeindezentrum –
Föhler Str. 84, 65199 Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt (höchstens 15 Minuten).-

Tagesordnung I

1. 07-A-16-0002

Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen

2. 07-A-16-0004

Zentrum Sauerland

ANLAGE

3. **07-F-25-0020** **ANLAGE**

Erste Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs der Optionskommunen, hier: Vorstellung durch den Deutschen Landkreistag und die Bertelsmann-Stiftung
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.2.2007 (BP 0039)** -
4. **07-V-51-0017** **ANLAGE**

Umsetzung des SGB II in Wiesbaden auf dem Prüfstand
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 15.5.2007 (BP 0091)** -
5. **07-V-51-0023** **DL 20/07-6**

Bericht zur Umsetzung des SGB II in Wiesbaden im Jahr 2006
6. **07-F-01-0043** **ANLAGE**

Hartz-IV / Schlussfolgerungen aus der Praxis
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.4.2007 -
7. **07-F-25-0034** **ANLAGE**

Rundfunkgebührenbefreiung bei Empfängern von SGB II
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.2.2007 (BP 0055)** -
8. **07-F-06-0001** **ANLAGE**

Beratung über Lärmschutz im Kulturpalast
- **Beschlüsse des Ausschusses für Soziales vom 28.2.2007 (BP 0041) und 25.4.2007 (BP 0068)**-
9. **07-F-25-0042** **ANLAGE**

Ferienbörse, hier: Optimierung bei der Ausgabe der Teilnehmerkarten
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 25.4.2007 (BP 0074)** -
10. **07-F-25-0043** **ANLAGE**

Beitritt zum europäischen Städtenetzwerk "Cities for Children"
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 25.4.2007 (BP 0073) -**

11. **06-V-51-0077** **DL 18/07-2, 12/07-1**

Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2006

12. **06-V-51-0042** **ANLAGE**

Kinder in den Mittelpunkt;
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 25.4.2007 (BP0061) -**

13. **07-V-51-0020** **ANLAGE**

Qualitätshandbuch für Kindertagesstätten
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 25.4.2007 (BP0064) -**

14. **07-F-01-0002** **ANLAGE**

Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 24.1.2007 (BP0009) -**

15. **07-F-25-0019** **ANLAGE**

Prävention - Mobilität im stationären Altenpflegebereich
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.2.2007 (BP0038) -**

16. **07-F-25-0032** **ANLAGE**

Familienfreundliches Wiesbaden I - Das Modell Mehrgenerationenhaus
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 25.4.2007 (BP0069) -**

17. **04-V-51-0019** **ANLAGE**

Folklore im Garten
- **Antrag des Jugendhilfeausschusses vom 1.6.2007 -**

18. **07-V-01-0007** **ANLAGE**

Barrierefreies Landesmuseum

- **Antrag des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden Nr. 01/2007** -

19. 07-F-25-0060

Rund- und Wanderwege für Senioren und behinderte Menschen

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 5.6.2007–

Der Ausschuss für Soziales wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

+ Welche Rund- und Wanderwege in der Umgebung Wiesbadens sind für die Nutzung durch Menschen mit Rollator oder Rollstuhl geeignet?

+ Wo sind diese Wege dokumentiert und für interessierte Nutzer zugänglich?

20. 07-F-25-0063

Barrierefreie kulturelle Teilhabe behinderter Menschen

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 5.6.2007 –

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

Um die barrierefreie kulturelle Teilhabe behinderter Menschen zu gewährleisten, wird der Magistrat aufgefordert in Zusammenarbeit mit den Wiesbadener Behindertenverbänden eine Arbeitsgruppe einzurichten, die gemeinsam mit den Interessenvertretungen der Gastronomie, des Hotelgewerbes und Betreibern kultureller Einrichtungen wie Kinos, Theater, Galerien etc. mehr Sensibilität für die Belange behinderter Menschen zu erreichen versucht.

21. 07-F-06-0026

Sicherstellung des Umgangsrechtes für Kinder

- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 5.6.2007-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

Wie verfährt das Sozialamt der Landeshauptstadt Wiesbaden hinsichtlich der Kostenerstattung zur Ausübung des Besuchs- und Umgangsrechts zwischen Kindern und ihren getrennt lebenden Eltern?

Welche Kosten werden für Besuchsfahrten zu weiter entfernt lebenden Familienangehörigen erstattet, wenn es sich um Leistungsberechtigte nach SGB II / SGB XII handelt?

Werden in diesem Zusammenhang Darlehen gewährt? Wenn ja, in welcher Höhe?

22. 07-F-25-0061

Familienfreundliche Kommune Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 5.6.2007 –

Der vom Hessischen Sozialministerium ausgeschriebene Landeswettbewerb „Familienfreundliche Kommune“ setzt in diesem Jahr seinen Schwerpunkt auf die generationenübergreifende Kooperation. Unter der Fragestellung „Alles unter einem Dach? Perspektiven für alle Generationen in unserer Kommune bis 2015“ sind die Städte und Gemeinden in Hessen aufgerufen, sich mit kommunalen Projekte, die in Kooperation mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft durchgeführt werden, an dem Wettbewerb zu beteiligen (Einreichungsfrist: 15.08.2007).

Kernziele bei der Erzielung von mehr Familienfreundlichkeit sind neben der Schärfung des Bewusstseins für Familien und ihre Anliegen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Verbesserung der finanziellen Situation für Familien. Im Rahmen des Wettbewerbs „Familienfreundliche Kommune“ sollen Beispiele guter Praxis auf örtlicher Ebene ermittelt und somit Anregungen für zusätzliche Aktivitäten zur Familienförderung andernorts gegeben werden.

Als familienfreundliche Stadt, die Familien als Verantwortungsgemeinschaft – über die Generationen hinweg – stärkt und in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt, verfügt Wiesbaden über eine Vielzahl von Projekten, in denen der Zusammenhalt der Generationen beispielhaft vorgelebt wird. Beispielhaft ist das Nachbarschaftshaus in Biebrich zu nennen, das gute Chancen hat, als „Mehrgenerationenhaus“ im Sinne des gleichnamigen Aktionsprogramms des Bundesfamilienministeriums anerkannt zu werden.

Der Ausschuss für Soziales wolle daher beschließen:

Wiesbaden beteiligt sich am diesjährigen Landeswettbewerb „Familienfreundliche Kommune 2007“.

Dabei ist insbesondere das Nachbarschaftshaus Biebrich als Best-Practice-Beispiel zur Förderung des Zusammenlebens der Generationen vorzustellen.

Der Magistrat wird gebeten, das in finanzieller und organisatorischer Hinsicht Notwendige zu veranlassen.

23. 07-F-25-0064

Familientagesbetreuung in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 5.6.2007 –

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

In Wiesbaden sind nach dem Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2006 zum Stichtag 15. März 2006 163 Tagesmütter tätig, die insgesamt 260 Kinder betreuen; von diesen sind 57% unter drei Jahre alt.

Familientagesbetreuung kann insbesondere für Eltern mit Kleinstkindern eine Alternative und Ergänzung zu bestehenden institutionellen Bildungs- und Betreuungsangeboten darstellen.

Familientagesbetreuung soll sich in Wiesbaden zu einem gleichwertigen Bildungs- und Betreuungsangebot entwickeln. Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten, schriftlich bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu berichten:

- Wie hat sich die Zahl der Tagespflegepersonen in Wiesbaden zum Stichtag 15.3.2007 verändert?
- Wie hat sich die Zahl der betreuten Kinder zum Stichtag 15.3.2007 verändert (bitte nach Altersgruppen und Geschlecht getrennt ausweisen)? Wie ist hier das Zahlenverhältnis von Kindern deutscher Herkunft zu Kindern mit Migrationshintergrund ?
- Gibt es neben dem im Bericht genannten Vermittlungsstellen weitere Tagesmüttervermittlungsstellen (z.B. private)?
- Wie hoch ist das (durchschnittliche) monatliche Honorar der Tagesmütter und für wie viele Kinder übernimmt das Jugendamt nach § 23 SGB VIII die Kosten?
- Wie sieht das Qualifizierungsprogramm für die Tagesmütter aus, welche Fortbildungen werden angeboten und welche Stelle/Institution ist in Wiesbaden für die Qualifizierung der Tagesmütter zuständig? Welche Kosten sind hiermit jährlich verbunden?
- Wie viele der Tagesmütter erhalten nach den Vorschriften der Verordnung zur Landesförderung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege Landeszuschüsse nach § 3 Abs. 2-4?
- Wie hoch sind die städtischen Zuschüsse jeweils an den „Treffpunkt Tagesmütter“ und die Tagesmüttervermittlung der evangelischen Familienbildungsstätte (und ggfs. weitere Träger)?
- Wie hoch sind die Mittel, die dem Jugendamt dafür zur Verfügung stehen und wie ist das Verhältnis von Kosten und den bei den Zielgruppen ankommenden Leistungen zu bewerten?
- Wie wird die Kooperation der o.g. Träger von Kinderbetreuung in Tagespflege gewährleistet?
- Welche Maßnahmen werden als notwendig erachtet, damit die Kinderbetreuung in Tagespflege sich in Qualität und Quantität zu einem gleichwertigen Bildungs- und Betreuungsangebote insbesondere für Kinder unter drei Jahren entwickeln kann?
- Wie wird die Forderung des Landesverbandes Kinderbetreuung in Tagespflege nach der Verabschiedung einer Satzung bewertet, die Leistungen nach den §§ 23,24 und 90 des SGB VIII regeln soll?

Wie wird sichergestellt, dass alle Eltern von Kindern unter drei Jahren, die beide berufstätig sind und/ oder in Ausbildung sind, gemäß § 24 SGB VIII einen Betreuungsplatz erhalten ?

24. 07-F-25-0065

Sprachfördermaßnahmen für Kindergartenkinder verstärken
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und FDP vom 5.6.2007 –

Die Schuleingangsuntersuchung im vergangenen Jahr ergab, dass vier Prozent der untersuchten Kinder kein Deutsch konnten und weitere 15 % der Kinder deutsch nur ungenügend beherrschten. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist ein ganz wesentlicher Baustein für das Gelingen der Integration und entscheidend für eine gute Bildungskarriere.

Der Magistrat wird vor diesem Hintergrund gebeten, schriftlich bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu berichten:

- Wie viele Sprachfördermaßnahmen wurden jeweils in den Jahren 2005 und 2006 an welchen Kindertagesstätten durchgeführt? Welche Ergebnisse konnten hierbei – aufgeschlüsselt nach den einzelnen Kindertagesstätten – erzielt werden?
- Wie hoch waren die Gesamtkosten jeweils und wie hoch waren die Landeszuschüsse pro Jahr?
- Wie viele Fortbildungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher – mit der Zielrichtung „Sprachförderung im Kindergarten“ – wurden jeweils in den Jahren 2005 und 2006 durchgeführt und wie viele Erzieherinnen und Erzieher haben sich fortgebildet?
- Welche und wie viele Sprachförder- und Fortbildungsmaßnahmen sind für das Jahr 2007 geplant oder bereits begonnen worden?
- Wie kann sichergestellt werden, dass alle Kinder, die Probleme beim Spracherwerb aufweisen, angemessen gefördert werden können?

25. 07-A-16-0003

Bericht des Sozialdezernenten über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben

26. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 07-V-20-0024

DL 19/07-1

Investitionscontrolling 1. Quartal 2007

- 2. 07-V-51-0011** **DL 20/07-4**
Investitionszuschuss für den Neubau des Waldorfkindergartens e. V.
- 3. 07-V-51-0014** **DL 19/07-4**
Umstrukturierung der Kindertagesstätte der Lebenshilfe
- 4. 07-V-51-0015** **DL 19/07-5**
Ersatzneubau für die Liegehalle, Neugestaltung des Eingangsbereiches und Einrichtung einer Krippengruppe in der städtischen Kindertagesstätte Hasengartenstraße 48
- 5. 07-V-51-0022** **DL 20/07-5**
Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2006
- 6. 07-V-69-0003** **DL 18/07-8**
Kontingentanmeldung Wohnungsbauprogramm 2007
- 7. 07-V-80-8006** **DL 18/07-9**
Ausbildung von Jugendlichen mit Handicaps mit Beteiligung der Agentur für Arbeit

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender